

# Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.  
Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition:  
Berlin W. 57, Winterfeldt-Strasse 24.  
Fernsprecher: Amt Lügen, Nr. 6488.  
•• Redakteur: Emil Dittmer. ••

Berlin,  
den 2. Januar 1914.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.  
Bezugspreis inklusive „Die Gewerkschaft“ viertel-  
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

## Dem neuen Jahr entgegen!

Das Jahr 1913 hat dem Pflegepersonal wohl mancherlei Versprechungen gebracht, aber noch ist wenig Aussicht, daß durchgreifende Verbesserungen von Befehlshabern wegen geschaffen werden.

Wohl haben einige Änderungen durch die Reichs-Versicherungsordnung stattgefunden, die den Kreis der Versicherten wesentlich ausdehnt und auch einen größeren Teil des Pflegepersonals umfaßt, wie wir im einzelnen an dieser Stelle wiederholt dargelegt haben. Auch die Angestelltenversicherung wirkte in gleichem Sinne. Wenn das Pflegepersonal trotzdem diese gesetzlichen Neuerungen mit sehr gemischten Gefühlen aufnimmt, so deshalb, weil die Vorteile recht geringe sind und sich ziemlich kompensieren durch die höheren Beiträge, die nun zu leisten sind. Besonders die Angestelltenversicherung ist einseitig ein sehr problematischer Vorteil. Es bedarf da noch vor allem der sozialen Aufsicht bei den Stadtverwaltungen, um von den unmißlichen Monatslöhnen nicht auch noch die enorm hohen Beiträge zur Angestelltenversicherung zahlen zu müssen. Obendrein ist bis zur Stunde der Personenkreis der Versicherten nicht einmal einwandfrei festgestellt. Bei dem fortgesetzten Wechsel des Personals — das häufig in nicht versicherungspflichtige Betriebe abgeht — hat auch der einzelne nur ein sehr bedingtes Interesse daran.

Nun ist uns freilich eine besondere Gesetzgebung für das Pflegepersonal in Aussicht gestellt worden. Die wichtig geführten Anklagereden des Sozialdemokraten Luttrich im Reichstag zu Beginn des Jahres 1913 hat die bürgerlichen Parteien fast aller Schwattierungen gleichfalls zu Versicherungen des Wohlwollens geführt, wie sie wohl selten für einen Beruf an dieser Stelle geäußert wurden. Und auch die Regierung hat durch den Oberregierungsrat Dr. Mümm Erklärungen abgegeben, die auf alsbaldige Anknüpfung sozialgesetzlicher Verbesserungen schließen lassen. Die amtliche Glendstatistik (die wir jederzeit eingehend gewürdigt haben) mußte ja auch jeden menschlich Fühlenden bestimmen, auf schleunige Abhilfe zu drängen.

Fast ein Jahr ist nun wieder darüber hingegangen. Und über den zahlhaften offiziellen und inoffiziösen Andeutungen in der Presse ist nichts geschieden. Man brüht noch immer, ob Landes- oder Reichsgesetz geschaffen werden soll, ob Angliederung an die Gewerbegesetzgebung oder Sozialgesetz, ob die Kongregationen und kirchlichen Institute mit einzubeziehen sind oder nicht usw. Kurz und gut: Noch ist alles beim alten, und es ist zu befürchten, daß auch das Jahr 1914 die gleiche Misere im Krankenpflegeberuf beläßt, weil — man sich nicht entschließen kann, was man eigentlich tun soll!

Wer wird da nicht unwillkürlich erinnert an die Ursache dieser Lage. Weil die große Mehrzahl des Pflegepersonals keinen energischen Anlauf zur Selbsthilfe durch Organisation nimmt, darum keine Staatshilfe! Wohl scharen sich um unser Banner über 3000 Kollegen und Kolleginnen; aber was ist das unter den vielen Zehntausenden, die sich ohne Gegenwehr den Willkürlichkeiten der Anstaltsleitungen, der elenden Bezahlung, der langen Arbeitszeit ausliefern.

Mit der „christlichen“ Scharwenzlei und Salbaderei kann natürlich auch kein Hund aus dem Backofen gelockt werden. Und wenn noch angeblich 2000 Kollegen diesen falschen Zielen nachgehen, so zeugt das nicht gerade von fortgeschrittenem Erkenntnis. Der „Bund“ zählt auch noch 700 bis 800 (meist) Privatpfleger zu den Seinen. Wir haben aus Anlaß des letzten Bundestages Gelegenheit genommen, die Sachheiten aufzuzeigen, die in dieser Organisation noch vorhanden sind.

Die 3000 Mitglieder zählende „Berufsorganisation der Pflegerinnen“ (Schwestern) arbeitet auf wesentlich günstigerem Boden. Immerhin wird ihr Einfluß durch die Zehntausende von „Ordensschwestern“ aller Art so stark gehemmt, daß sie alle Veranlassung hätte, anstatt des Diplomatisierens gegen die „religiösen“ Schwestern energisch Front zu machen; denn hier sieht die Duellzahlreicher Berufsübel, wie: lange Arbeitszeit, schlechte Gehaltsverhältnisse usw. Die Ordensschwestern ertragen das willig und in Demut, weil der Beruf nun doch mal eine „Entsagung“ bedeuten soll.

Die besonderen „Blüten“ unseres Berufs werden leider auch im neuen Jahr weiter ihre schädigenden Wirkungen ausüben: „Schwesternheime“ mit ihrer Spezialausbeutung einzelner, mit ihrem oft obskuren Gewerbe, mit ihren unkontrollierbaren „Leistungen“; Fachschulen, die besonders für das Bade- und Massagepersonal zum Krebsübel geworden sind; Kost- und Logiswesen mit all den famosen Begleiterscheinungen, die an die Hörigkeit erinnern.

So läßt uns das neue Jahr vor all den gleichen Aufgaben stehen, und wir müssen erneut den Kampf aufnehmen wider all diese Dinge.

Aber unser vornehmster Kampf gilt der furchtbaren Gleichgültigkeit, dem Indifferentismus, der in kaum einer Berufsgruppe heute noch so große Triumphe feiert, wie bei uns.

So treten wir denn ins neue Jahr mit dem Wunsche, daß alle Kolleginnen und Kollegen, die einmal die Prinzipien der freigewerkschaftlichen Organisation erkannt haben, nun auch alle Kräfte aufbieten, um in rastlosem Eifer weitere Anhänger für unsere Sache zu werben.

Viel bleibt uns noch zu tun im neuen Jahr. So muß nun jeder tun, was er kann, und das ist mehr, als er hoffen und glauben mag!



10000 Mk. gegen das Vorjahr. Die Mehrausgaben sind begründet in einer Verbesserung der Verpflegung, der Bezahlung des Pflegerpersonals, der Inbetriebnahme des Küchenhauses usw. Der Haushaltsplan fand Genehmigung. Die weitere beschlossene Rechnung in der Stadtkassenanmeldung im Betrage von 100000 Mk. sollen aus Anleihemitteln Deckung finden.

Aus der Praxis.

Das heiße Bad bei Verstauchungen. Dr. Mantorowitsch kann neuer empfiehlt bei Verstauchungen statt der üblichen kalten Meiswasserumwickelung das heiße, langandauernde örtliche Bad. Er hält es für wirksamer als kalte Anwendungen, weil es sich bei den in Betracht kommenden Verletzungen nicht um eine Entzündung, sondern um Mutergerne infolge Zerreißung von Gelenkbändern handelt. Das heiße Bad wird in der Weise ausgeführt, daß das verletzte Glied in ein möglichst heißes Bad sofort nach dem Unfall getaucht wird, so daß der Spiegel des Wassers noch handbreit über dem Gelenk steht. Die Temperatur beträgt zunächst 28 Grad, dann gießt man alle 5 Minuten heißes Wasser zu, bis die Temperatur 35 Grad beträgt, so man kann wenn möglich noch höher gehen. Das Gelenk kann darauf leicht und schmerzlos bewegt werden. Das trifft aber nur dann zu, wenn es sich um eine einfache Verstauchung, d. h. um einen Riß eines oder mehrerer Gelenkbänder, handelt. Sobald aber nur die geringste Verletzung eines Knorpels stattgefunden hat, werden die Beschwerden durch das heiße Bad verschlimmert. Das langandauernde heiße Bad ist demnach ein wichtiges Mittel zwischen Bruch und Verstauchung und kann die Kontamination verhindern. Die Erklärung geht dahin, daß das heiße Bad im Fall einer Verstauchung eine erhöhte Ausfüllung des Blutes und damit ein schnelles Verwachsen der Scherzugen bewirkt. Dagegen ist beim Knorpelbruch die Blutung bedeutend, da viel härtere Gefäße verletzt sind, die sich wieder zurück zusammenziehen können. Hier wird durch die Anwendung der Hitze weniger die Ausfüllung des Blutes angezogen, als die Blutung selbst vernarrt und dadurch der Schmerz vergrößert.

Aus unserer Bewegung.

Buch. Der 1. Brandmeister der „Freiwilligen Feuerwehr Buch“, Herr Otto Lange, legt Wert auf die Heimstellung, daß sich nicht nur in Nr. 25 der „Sanitätskarte“ auf die „Freiwilligen Feuerwehr Buch“ bezieht. Wir stellen das hiermit richtig.

Verzerrung. Eine am besten Veranlagung des Personals unserer Anstalt fand am 17. Dezember statt. Kollege Jabel gab den Jahresbericht. Der Redner ging auf die wichtigsten Ereignisse ein und schilderte in besonderen den Verlauf unserer Lebensbewegung. Das letztere immer noch nicht abgeschlossen ist, liegt zum größten Teil an dem langwierigen Zusammenstoß des Berliner Magistrats. Beschlüssen hatte die Bewegung aber werden können, wenn noch mehr Kollegen und Mitlegen der Organisation angehören würden. Es wäre dann auch leichter, die örtlichen Verhältnisse zu bessern. Er hat aller Kollegen und Mitlegen muß es sein, die Vertrauensmänner in der Agitation zu unterstützen. Unter Anstandsangelegenheiten wurde die schlechte Beschaffenheit des Brotes besprochen. Einige Kollegen teilten mit, daß der Bäcker zwei Sorten Brot liefere; wer nun zeitig kommt und frisches weiß, der erhält gutes Brot, die Kranken allerdings müssen sich mit dem schlechten zufriedengeben. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, dem städtischen Gesundheitsamt einmal eine „Musterprobe“ zuzustellen. Ferner wurde über die große Unsauberkeit in der Küche geklagt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß hier Kranke beschäftigt werden. Die Küchenmädchen sind nicht in der Lage, ihre Arbeit zu machen und noch die Kranken zu beschäftigen. So kommt es denn, daß letztere selbständige Arbeiten, wie wohl reinigen usw., ausführen. Beim Essen stellt es sich dann heraus, daß die Arbeit schlecht verrichtet wurde, denn nicht immer angenehme Vergaben, wie Schmecken und abmessen, werden gefunden. Auch das Reinigen der Gefäße durch die Kranken führt zu allen möglichen Mängeln; so wurde behauptet, daß in den Topfen mit Leinwand feingewaschen werden kann, was für Einen es in den letzten acht Tagen gegeben hat. Dieser Zustand muß beseitigt werden; unseres Erachtens sollten zu Küchenarbeiten Kranke nicht herangezogen werden, um so weniger, wenn, wie es in Herzberge der Fall ist, Arbeit im Freien zur Geringe vorhanden ist.

Negensburg. In unserer „Kontinental“ herrschen ganz traurige Zustände unter dem Personal. Selbst die „Christliche“ Organisation, die das „Kritik“ zur Erinnerung dieser Leute befragt, sagte in der Begründung ihrer Eingabe, daß die Gehaltsverhältnisse des Anstaltspersonals in Negensburg unter den verschiedenen Kreisverhältnissen am meisten im Mangel sind. Dieses Verständnis ist ja seitens der „Christlichen“ Organisation sehr schon, schwefeln doch gerade diese Kritiker dem Personal

immer vor, was man schon alles christlicherseits erreicht habe. Daß der Landrat heuer nichts getan hat oder wenigstens herzlich wenig für dieses Personal, kümmert ja diese Kritiker nicht. Sie dürfen sich auch nicht kümmern, denn sie haben ja als brave Zentrumsgenossen Gefolgschaft geleistet und so wenig verlangt, daß auch der Landrat mit leichter Mühe über die Gehaltserhöhung hinweggehen konnte. Außerdem haben ja die „Christlichen“ schon öfters gezeigt, welche Bedeutung ihnen in der Interessenvertretung beizumessen ist. Zwei Pfleger, die unglücklicherweise Brüder sind, wollten im September 1913 zur Verteidigung ihres Vaters fahren. Während der eine ruhig fahren konnte, hatte der andere die größten Schwierigkeiten, bis es ihm endlich gelang, einen bezahlten Aushelfer zu bekommen. Hier mußte denn doch alles zurückgehen, um bei solch wichtigen und dringenden Fällen frei zu bekommen. Die Sache bekommt erst eine wirklich interessante Seite, wenn man erfahren kann, daß diese beiden Brüder der „Christlichen“ Organisation angehören und diese auch nicht das geringste gegen solche Ausfälle unternehmen hatte. Auch sonst wäre noch manches zu verbessern. So z. B. bei der Verheiratung der Pfleger. Männern im Alter von 30 und mehr Jahren das Recht der Verehelichung vorzuenthalten, ist gewiß wenig christlich. Wie wäre es denn, wenn der Kreis Oberpfalz oder die Herren Vertreter der Regierung und des Landrates einmal die unehelichen Kinder kostenlos in Kost und Pflege nehmen würden? Ob sie nicht gar anderer Meinung würden? Dieses Zwangsverbot wird nicht deshalb aufrecht erhalten, weil der Dienst nicht geleistet werden könnte, sondern wegen der Einsparung der durch den Wohnungszuschuß entstehenden Kosten. Das dürfte der wahre Grund sein. Doch das jetzige System wird immer lächerlicher, und wäre es nicht bitter ernst für die Betroffenen, so müßte man eigentlich lachen; denn die Verehelichung geht der Reihe nach, und da kommt es vor, daß ein Pfleger von der Direktion (auch von der Königl. Regierung) die Genehmigung hat zur Heirat und dabei „ewiger Brautgambler“ bleibt, weil ihm zur Verheiratung die dazugehörige letzte Gehaltszahl fehlt! Der andere aber, der in wachsender Gleichmütigkeit jeden Tag das Bedürfnis zur Verehelichung vor Augen sieht, muß warten und wiederum warten, ja, ja, bis er an die Reihe kommt. Des öfteren schon konnten ledige Pfleger die Wahrnehmung machen, daß man eine dritte Nacht monatlich nicht mehr freigegeben will, und so mancher verzichtet darauf, überhaupt einzufommen, um das lange Gesicht gewisser Vorgesehter nicht um ansehen zu brauchen. So kommt es, daß manchmal bei Nachtzeiten so viel Pfleger vorhanden sind, daß man nicht weiß, wo man sie alle zum Schlafen bringen kann. Also Tätigkeit für das „Christliche“ Verbandswesen wäre genug vorhanden, man brauchte nur mutig einzugreifen. Aber da fehlt es! Und daher kommt es, wie der „Negenburger Anzeiger“ ganz richtig bemerkt, daß unter dem „christlich“ organisierten Personal Zwitterigkeiten entstanden sind. Die Leute wollen eben von einer Organisation Taten sehen und geben sich mit dem Sonntagsmännchen um den Mund auf die Dauer nicht zufrieden. Wer von dem Anstaltspersonal haben will, daß richtige Verhältnisse geschaffen werden, der gehe zu jener Organisation, zu dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der mit aller Energie für eine bessere Lage des Personals eintritt.

Rundschau.

Das Glend der Paderbachschulen. In der „Deutschen Krankenpflege Zeitung“ Beilage „Die Pflege“, wird gegenwärtig von einer Anzahl von Mitlegen Material zusammengetragen über mangelhafte Unterrichtsmittele auf dem Gebiete der Pflege und des Paderbachens. Von einem Dr. M. wird nun das Mittel dagegen im „Pflegevereinsbund“ empfohlen, der alsbald gegründet werden sollte. Ach, wir haben wahrlich zur Genüge Vereinsgründungen; die helfen uns nicht aus der Misere, sondern der Anstalt an die freie Gewerkschaft. So lange auch die Dummen nicht alle werden, die 200 bis 300 Mk. für einen vier bis sechswochenlänglichen „Kursus“ hergeben, um „einen neuen Beruf“ Konkrete zu erlernen, so lange ferner sich noch Ärzte dazu hergeben, solche Kurse mit ihren „Erfahrungsgewinnen“ ein „Kleines“ zu geben, wird es schwer sein, dagegen anzukämpfen. Was aber geschehen kann an Aufdeckung solcher Mißstände, geschieht durch unsere Organisation seit vielen Jahren. Es bedarf aber einer wesentlich größeren Unternehmung der Kollegenschaft, wollen wir diesem Hebel beikommen.

Abänderung der ärztlichen Prüfungsordnung. Den Bundesregierungen liegt gegenwärtig ein Entwurf zu einer neuen Prüfungsordnung für Ärzte vor, die das Ergebnis von Beratungen ist, die seit einer Reihe von Monaten zwischen der Reichs- und der preussischen Regierung gepflogen sind. Als wichtige Aenderung kommt dabei eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Medizin in der ärztlichen Ausbildung in Betracht. Die geltende Prüfungsordnung vom Jahre 1901 berücksichtigt die soziale Medizin überhaupt nicht; bei ihrer steigenden Bedeutung durch

den Ausbau der sozialen Gesetzgebung ist aber ein Bedürfnis nach ihrer Berücksichtigung in der ärztlichen Ausbildung unbedingt anzuerkennen. Die Ansichten gingen bisher darin auseinander, ob bereits die Studienzeit der geeignete Zeitpunkt dafür sei, oder ob die Beschäftigung mit der sozialen Medizin, die nach Ansicht vieler Autoritäten ein abgeschlossenes medizinisches Studium voraussetzt, nicht besser in das praktische Jahr zu verlegen wäre. Die gepflogenen Verhandlungen sollen dem Vernehmen nach sich für die letztere Ansicht entschieden haben. Die Betätigung in der sozialen Medizin kann erfolgreich nur an einem Orte geschehen, wo Träger unserer sozialen Versicherung ihren Sitz haben, denen Entscheidungen auf Grund ärztlicher Gutachten zuteilen. Aus diesem Grunde bestehen auch Bedenken gegen die Verlegung der Beschäftigung mit der sozialen Medizin in das praktische Jahr, weil dann die Abolvierung des praktischen Jahres nur noch in größeren Orten möglich wäre. Die anderen vorgeschlagenen Änderungen der Prüfungsordnung sind nicht grundsätzlicher Art; zu erwähnen ist noch eine Erleichterung in bezug auf Dispensationen von einzelnen Bestimmungen der Prüfungsordnung, um den Bundesrat wenigstens teilweise zu entlasten. Von einer Revision der Prüfungsordnung für das ärztliche Hilfspersonal ist leider noch immer nicht die Rede. Da wird auf dem alten Weiten weitergeschritten.

**Körperbeschädigung durch Röntgenstrahlen ist Gewerbekrankheit, nicht Betriebsunfall.** Ein Elektrotechniker, der seit 15 Jahren im Betrieb der orthopädischen Heilanstalt von Hofrat D. in G. mit Röntgenstrahlen zu untersuchen hatte, wies nach dem Befund von Prof. v. A. in München schwere chronische Ernährungsstörungen sowie schwere Gewebswucherungen, namentlich an der nicht mehr gebrauchsfähigen rechten Hand als Folge der schädlichen Einwirkung der Röntgenstrahlen auf. Auch die Gewebshaut zeigte bereits starke krankhafte Veränderungen. Die Berufsgenossenschaft lehnte den erhobenen Entschädigungsanspruch ab, weil es sich nicht um einen Betriebsunfall, nicht um ein Verden handle, das durch ein plötzlich schädlich wirkendes Ereignis hervorgerufen wurde, sondern das Verden habe sich vielmehr allmählich infolge der täglichen Beschäftigung mit Röntgenstrahlen entwickelt, es handle sich demnach um eine Gewerbekrankheit, für welche die Berufsgenossenschaft nicht entschädigungspflichtig sei. Gegen diesen Bescheid legte der Rentenbewerber Verufung ein und erklärte vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Augsburg, daß das Verden weniger durch fortwährende Einwirkung der Röntgenstrahlen, sondern durch eine einmalige Einwirkung infolge zu hoher Spannung des elektrischen Stromes eingetreten sei. Die bei Hofrat D. eingerichtete Röntgendurchleuchtung stehe überhaupt unter einer zu großen Spannung und unter dem Mangel entsprechender Schutzvorrichtungen. Das Schiedsgericht wies, wie wir der „Augsburger Postzeitung“ entnehmen, die Verufung als unbegründet zurück. Da der Kläger selber zu gegeben habe, daß er jahrelang einer ungewöhnlich hohen Spannung ausgesetzt gewesen sei, könne es sich nicht um ein durch ein plötzliches Ereignis entstandenes Verden, also nicht um einen Betriebsunfall handeln, sondern nur um eine sog. Gewerbekrankheit, die als das Endergebnis der eine lange Zeit andauernden, der Gesundheit nachteiligen Betriebsweise bei bestimmten Gewerbetätigkeiten auch aufzutreten pflege.

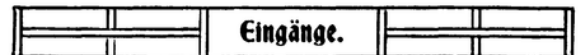
**Die Kranken-, Pflege- und Wohlfahrtsanstalten des Deutschen Reichs.** Im Frühjahr 1913 bestanden im Deutschen Reich 19054 Kranken-, Pflege- und Wohlfahrtsanstalten mit 735 579 Krankenbetten und zwar: 3258 allgemeine Krankenhäuser mit 215 908 Betten, 351 Militär- und Marine Lazarett mit 29 131 Betten, 62 Anstaltslazarett mit 8347 Betten, 116 Gefängnislazarett mit 3311 Betten, 365 Arren-, Idioten- und Epileptikeranstalten mit 159 256 Betten, 381 Lungenheilstätten und Sanatorien mit 35 333 Betten, 195 Nervenheilstätten und Sanatorien mit 13 501 Betten, 260 Wasserheilanstalten mit 13 162 Betten, 258 Kinderkranken- und Kinderheilstätten mit 21 086 Betten, 149 Wächnerinnen- und Säuglingsheime mit 951 Betten, 111 Rettungs-, Erziehungs- und Besserungsanstalten mit 19 185 Betten, 37 Ferienkolonien mit 2894 Betten, 111 Waisenhäuser mit 14 145 Betten, 225 Heilanstalten für innere Krankheiten mit 10 828 Betten, 351 Heilanstalten für chirurgische Krankheiten mit 11 430 Betten, 333 Frauenkliniken mit 10 811 Betten, 261 Augenheilanstalten mit 7733 Betten, 120 Heilanstalten für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten mit 2690 Betten, 78 Spezialanstalten für Haut- und Geschlechtskrankheiten mit 2179 Betten, 104 Spezialanstalten für orthopädische und heilgymnastische Behandlung mit 4996 Betten, 58 Heilanstalten für Alkoholiker und Morphiumisten mit 2043 Betten, 14 Krüppelheilstätten und Krüppelheime mit 4262 Betten, 48 Anstalten für Blinde (Internats) mit 3333 Betten, 92 Anstalten für Taubstumme mit 8452 Betten, 209 Genuß- und Erholungsheime mit 14 338 Betten, 250 Strehenhäuser und Siechenanstalten mit 27 781 Betten, 932 Altersheime, Hospitäler, Verpflegungshäuser mit 70 029 Betten, 86 Krankenpensionen mit

2312 Betten, 80 diverse Heilanstalten mit 3896 Betten. Außerdem bestehen 591 Heilbäder- und Kurorte, nämlich 57 Mineralbäder mit kalten und warmen Quellen, einfachen und erdigen Säuerungen, 22 alkalische Quellen, 95 Modiolquellen- und Solbäderorte, 11 Bitterquellen, 15 Eifen- und Stahlbäder, 31 Schwefelbäder und 76 Moorbäder, 7 Schlamm- und 1 Sandbäder. Nordseebäder gibt es 25, Cisterienbäder 81 und Kusturorte 131, ohne die vielen kleinen Sommerfriden. Die 19054 Anstalten repräsentieren bei ihren 735 579 Betten, bei niedriger Berechnung der Baukosten mit 1000 Mk. pro Bett, einen Wert von nahezu 3 Milliarden Mark. Ungefähr 250 Anstalten befinden sich zurzeit im Bau oder sind zum Bau beidoloffen.

Eine „Medizinische Rundschau“ hat mit dem 20. Dezember das „Berliner Tageblatt“ als wöchentliche Beilage eingerichtet. Die redaktionelle Leitung haben Prof. Dr. Videl und Dr. Kait in übernommen. Am Einführungsartikel bemerkt Dr. Videl, daß einerseits der Kampf der Ärzte um ihre Existenzbedingungen, andererseits die Popularisierung des naturwissenschaftlichen Gedankens in der Medizin programmbestimmend sein werden für die „Medizinische Rundschau“. Hoffentlich wird dabei auch von Zeit zu Zeit des ärztlichen Hilfspersonals gedacht, das in seinen gegenwärtigen Existenzbedingungen wahrlich der allseitigen Hilfe der beteiligten Kreise bedarf.

Anlässlich der Choleraepidemie erließ die I. I. Krankenhausdirektion einer größeren Stadt Böhmens unter anderem folgenden Mass: „Es ist den Wärterinnen strengstens verboten, mit anderen Personen als den Krankenhausdienern unerlaubten Verkehr zu pflegen.“

Von den oberbayerischen Pflegeanstalten. In Nr. 26, Spalte 290, Zeile 37 und folgende muß es heißen: „Es ist Tatsache, daß das Pflegepersonal den ganzen Tag (also 15 Stunden) direkt im Dienit und auch hernach noch dienstbereit sein muß.“



**Klinisches Wörterbuch.** Die Aumtausdrücke der Medizin. Erläutert von Dr. med. Otto Dornbluth, Sanitätsrat. 5. Auflage. Leipzig 1911. Verlag von Reit & Co. Preis 5 Mk. Der Verfasser bemerkt in seiner Einleitung: Die wissenschaftliche Medizin verwendet so viel Aumtausdrücke und Fremdwörter, daß es auch dem Gelehrten unmöglich ist, sie im Gedächtnis zu bewahren. Das gilt noch besonders von den zahlreichen Krankheits-, Symptomen usw., die mit dem Eigennamen des Entdeckers benannt werden. Das Vindeln stellt deshalb die gebräuchlichsten Fremdwörter mit kurzer Angabe der Ableitung und der Bedeutung und die wichtigsten Aumtausdrücke aus den alten und aus den neuen Sprachen zusammen. Das 336 Seiten umfassende, hübsch ausgestattete Werk bietet in der Tat als Nachschlagewerk alle Vorzüge der Handlichkeit und Reichhaltigkeit, die sein Eridemen in 5. (wesentlich vermehrter) Auflage bezeichnend erdemen lassen. Wir können den Kollegen die Anschaffung wohl empfehlen. Wundenswert wäre es, wenn die Krankenanstalten jedenfalls überall ein Exemplar zur Verfügung hielten.

**Nationale Fußpflege.** Ein Leitfaden für das ärztliche Hilfspersonal und für gebildete Laien. Von G. L. smann, Chemiker. Verlag „Die Krankenpflege“, Berlin W., Meißnerstr. 5. Preis 2 Mk. Für Bezug durch Organisationen (mindestens 5 Exemplare) 1,20 Mk. 1911. Aus dem Inhalt: Anatomie des gesunden Fußes. Fußleiden: Plattfuß, Schweißfuß, Eingewachsenener Nagel. Das Verschneiden der Fußnägel. Dühreragen usw. Besondere Nagelkrankheiten. Kalte Füße. Herstellung von Gipsabgüssen der Füße. Vollständiges Instrumentarium zur Fußpflege und Desinfektion der Instrumente.

**Taschen-Kalender für Badefahrer 1914.** Herausgegeben vom Verlag und Redaktion der Zeitschrift „Die Badeanstalt“. Verlag A. Weber, Nachf., Berlin, Steinmetzstr. 78. Preis 1,50 Mk. Aus dem Inhalt: Anatomie des gesunden Fußes. Fußleiden: Plattfuß, Schweißfuß, Eingewachsenener Nagel. Das Verschneiden der Fußnägel. Dühreragen usw. Besondere Nagelkrankheiten. Kalte Füße. Herstellung von Gipsabgüssen der Füße. Vollständiges Instrumentarium zur Fußpflege und Desinfektion der Instrumente.



**Kollegen in Alzen.** Gut gemeint, aber — schlecht gemeint! Vielleicht bekomme ich einen gelegentlichen Beitrag in Prosa von Euch. Der soll mir willkommen sein. Freundlichen Neujahrsgruß! G. D.